

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 6. April 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Lohndosenanzeigen 1 Mk. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 5 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 41

Gautag des Gaues Schleswig-Holstein

Am Sonntag, dem 26. März, hielt der Gau Schleswig-Holstein in Neumünster seinen fälligen Gautag ab. Erschienen waren dazu 45 Delegierte aus 28 Orten, dazu der gesamte Gauvorstand und eine Anzahl Gäste, darunter unser Tarifkreisvertreter Runtler (Hamburg) und Neindorf (Hamburg) als Vorsitzender der Druckerpartei des Kreises.

Nach den üblichen Begrüßungsansprachen wurde in die 18 Punkte umfassende Tagesordnung eingetreten. Auf eine mündliche Wiedergabe der Geschäftsberichte sowohl des Gauvorstandes wie der Mitgliedschaften wurde verzichtet und lediglich Ergänzungen der gedruckten Berichte gewünscht. Der Geschäftsbericht ergab einen Mitgliederstand von 985. Am Schlusse des Jahres 1919 hatten wir noch 1033, durch die Abtretung Nordschleswigs gingen uns jedoch etwa 100 Mitglieder verloren.

Die Klassenverhältnisse sind befriedigende. Das Vermögen liegt im letzten Berichtsjahre von 15799,01 Mk. auf 36224,40 Mk. Die Kosten des Jahresberichts wie des Gautags werden jedoch wieder ein beträchtliches Loch in den Gausäckel reißen. Für Unterküfungsweche wurden im Gau aus allgemeinen Verbandsmitteln im Jahre 1921 58607,45 Mk. gezahlt, aus der Gaukasse 1808 Mk. Der Beschäftigungsgrad war im allgemeinen nicht ungünstig. Arbeitslos waren 328 Mitglieder 6782 Tage. Nach der Zahl der Tage sind 18,63 Mitarbeiter das ganze Jahr erwerbslos gewesen. Die Zeit der Zeit bringt sich auch darin wider, daß in einigen Orten die Kollegen in lokale Streiks bzw. Lohnbewegungen eintrafen zwecks Verbesserung ihrer traurigen Lage.

Im Juli 1921 tagte in Kiel eine Bezirksvorsteherkonferenz, die wichtige Gauangelegenheiten zu beraten hatte. Für die Agitation hatten wir zu einigen Versammlungen die Kollegen Dreßler und Helmholz (Leipzig) gewonnen, die gütigsten Referate erstatteten. Im November 1921 wurde eine Statistik im Gau aufgenommen, die trotz mancher Mängel dennoch ein gutes Bild der Verhältnisse bietet. Nur 32 Gehilfen stehen danach der Organisation fern, ein gut Teil davon kommt zudem für uns gar nicht mehr in Frage. Das Organisationsverhältnis ist demnach ein recht günstiges. Zu nichttariflichen Bedingungen arbeiten nur zwei Gehilfen (davon einer ein Kriegsinvalide). Also auch hier ein erfreuliches Ergebnis. An Lehrlingen wurden 201 gezählt, hiervon gehören 160 der Lehrlingsorganisation an. Tatsächlich ist die letztere Zahl eine höhere. Sehmachinen sind 118 mit 138 Maschinenhebern und 627 Druckmaschinen mit 160 Druckern vorhanden. Außerdem wurden 63 Schweizerden ermittelt. Den Druckerkollegen dürfte die Statistik gutes Material liefern zur Nachprüfung, ob die Druckerbestimmungen des Tarifs eingehalten werden. Gewünscht wurde auch, daß mit dem Mobus der Ausbildung von Schweizerdenlehrlingen aufgeräumt würde, da von einer guten Ausbildung in beiden Fächern (Sehen und Erucken) keine Rede sein könne bei den heutigen Anforderungen.

Die gefassten Beschlüsse betrafen zunächst die Herausgabe eines Mitteilungsblattes für die Funktionäre, um diesen aktuelles Material über organisatorische, tarifliche und arbeitsrechtliche Fragen an die Hand zu geben. Die Notwendigkeit wurde allseitig anerkannt. Sodann stimmte der Gautag den wiederholten Wünschen der Blankenfurter Mitglieder auf Abtrennung und Anschluß an Hamburg-Altona zu. Auch der Ort Wedel wird dem Gau Hamburg aus praktischen Gründen überlassen. Die Abtrennung gilt ab April d. J. Weiter wurde beschlossen, den Mitgliedern eine einheitliche Mitgliedskarte zu liefern als Ausweis in gewerkschaftlichen Verfassensmännerversammlungen usw. Der Mangel eines solchen Ausweises wurde an vielen Orten als lästig empfunden, da in anderen Gewerkschaften die Verbandsbücher in den Händen der Mitglieder sich befinden. Es wurde als Pflicht des Verbandes angesehen, solche Legitimationen zu liefern und es soll deshalb ein diesbezüglicher Antrag der Generalversammlung unterbreitet werden.

Aber unsere Lehrlingsabteilung und Lehrlingsordnung entziffen sich nach einem eingehenden Referat eine ausgedehnte Diskussion. Ein Beweis, daß die Kollegen dieses wichtige Gebiet zu schätzen wissen. Der Referent, Kollege Wieland, trat mit warmen Worten für die Bildungsarbeit in den Abteilungen ein. Er schilderte

aber auch die großen Schwierigkeiten, die in unserm weitverzweigten Gau sich dieser Arbeit entgegenkürmen. Mit Ausnahme von drei größeren Orten könne nur in Bezirkslehrlingsversammlungen die notwendige Aufklärung gefällig werden. Für diese Arbeit dürften die besten Kräfte herangezogen werden. In der Debatte kam u. a. zum Ausdruck, daß der Verband den kleinen Gauen mit mehr Mitteln hierfür unter die Arme greifen müsse. Bedauer wurde allseitig, daß der ideale Teil der Lehrlingsordnung von einem Teile der Prinzipalität sabotiert wird unter fadenheimgen Gründen. Auch die Handhabung der Gehilfenprüfungen fand herbe Kritik. Trotz der hohen Kosten wurde im Interesse der Sache beschlossen, die Bezirkslehrlingsversammlungen viermal im Jahr abzuhalten. Annahme fand schließlich folgender Antrag zur Generalversammlung: „Für die Bearbeitung der Lehrlingsangelegenheiten ist eine Kraft freizustellen, der auch die Redaktion des in eigene Regie zu übernehmenden 'Jungbuechdrucker' zu übertragen ist. Der 'Jungbuechdrucker' ist zweimal monatlich herauszugeben. Mit Nachdruck ist auf die restlose Durchführung der Lehrlingsordnung hinzuwirken.“

Nach Beendigung der einständigen Mittagspause wurde der Bericht der zu Beginn der Tagung eingesetzten Kommission entgegengenommen. Nach deren Vorschlägen wurde beschlossen, daß in Zukunft bei allen Delegierten nur Fahrgeld niedrigster Wagenklasse vergütet wird. In besonderen Fällen sind Ausnahmen zulässig. Die Unterküfungen aus der Gaukasse für gemabregelte und ausgeleitete Kollegen erfahren eine Verdreifachung, in einzelnen Fällen eine Verdoppelung. Ähnlich das Sterbegeld. Die Bezirkslehrlingsversammlungen sollen nach wie vor zweimal im Jahre stattfinden. Dem Maschinenmeister-Bezirksverband (Kiel) wurde die Rückzahlung eines Restdarlehens erlassen und den ostpreussischen Kollegen weitere 700 Mk. (insgesamt 1000 Mk.) bewilligt. Ein Antrag zur Verminderung der Delegiertenzahl verfiel der Ablehnung. Für außerordentliche Zwecke wurden dem Gauvorstande 10000 Mk. zur Verfügung gestellt. Die Remunerationen der Gauvorstandsmittglieder erlöhren eine entsprechende Erhöhung. Der Gaubeitrag wurde von 50 Pf. auf 1 Mk. erhöht.

Zur bevorstehenden Generalversammlung in Leipzig machte der Vorsteher einige Ausführungen und ging dabei auf die letzte Gauvorsteherkonferenz ein. Er gab weiter die Richtlinien der geplanten Pensionskasse bekannt. Infolge der vorgerückten Zeit mußte leider von einer größeren Aussprache abgesehen werden. Die Richtlinien für die Erhöhung der Unterküfungen fanden aber noch eine Erläuterung durch den Gaukassierer. Die Stellungnahme des Gautags hierzu wurde in einer Resolution folgenden Inhalts niedergelegt: „Der Gautag erklärt sich mit den von Verbandsvorstände herausgegebenen Richtlinien für die Erhöhung der Unterküfungen einverstanden und ist auch bereit, für ihre Veranschlagung nötigen Beiträge zu leisten. Angesichts des hohen Zuschusses von 2 Mill. Mk. für den 'Korr.', der gewiß nicht ausreichen wird bei der ständig fortschreitenden Entwertung untrer Zahlungsmittel, hält der Gautag den Zeitpunkt für geeignet, den alten Wunsch der Einführung des 'Korr.'-Obligatoriums auf Verbandskosten von der Generalversammlung nunmehr erfüllt zu sehen, zumal das Schätzungswerte nur etwa 300000 Mk. erbringende Abonnement nur noch als ein geringer Beitrag zu den Kosten des 'Korr.' anzusehen ist. Der Bezug des 'Korr.' könnte in der bisherigen Weise auch weiter gelassen, die Abonnementgebühren würden dann der Verbandskasse in Rechnung zu stellen sein. In der Frage der Aufrechterhaltung der Ansprüche auf Invalidenunterstützung bei Abtritt zu einer anderen gewerkschaftlichen Organisation aus Anlaß des Berufswechsels hat der Gautag den dringenden Wunsch, daß der dafür nötige Beitrag so bemessen wird, daß damit auch das Anrecht auf Sterbegeld abgegolten wird. Der Gautag würde es als schweres Anrecht allen Mitgliedern gegenüber ansehen, wenn ihnen nach in den meisten Fällen untreuwilligem Abtritt zu einer anderen Organisation verweigert würde, was ihnen bei vorzeitigem Invalidität ohne weiteres zuzufucht.“ Ein Antrag, den Invalidenvorbehalt bei Kriegesbeschädigten fortfallen zu lassen, wurde den Generalversammlungsdelegierten mit auf den Weg gegeben.

Zum Punkt „Aufstellung von Kandidaten zur Delegiertenwahl für die Generalversammlung“ wurden den Mitgliedern folgende Kollegen in Vorschlag gebracht: Flaegel (Meldorf), Johannsen (Aster), Finauer (Stensburg), Lorenzen (Kiel), Prüter (Kiel)

und Wiktorf (Emsbörn). Hieron sind drei zu wählen, der dritte gilt als Stellvertreter.

Sodann gab der Gehilfenkreisvertreter ein kurzes Referat über die letzte Tarifausschubung und den bevorstehenden Ablauf des Tarifs. Er schilderte die Schwierigkeiten der Verhandlungen und erläuterte das Ergebnis. Bezüglich der Frage Tarifkündigung oder Tarifrevision gab er triftige Gründe für eine Tarifrevision. Solange nichts Besseres an die Stelle der Tarifgemeinschaft gesetzt werden könne, müßten wir an dieser Regelung untrer Arbeitsverhältnisse festhalten. Trotz mancher Mängel seien wir doch vorwärts gekommen. Der geltende Lohnskala sei trotz vieler Bedenken näherzutreten. In der Debatte wurden insbesondere die immer größer werdenden Lohnunterschiede zwischen Groß- und Kleinstadt kritisiert, die in solchem Ausmaße nicht gerechtfertigt seien. Die Zweckmäßigkeit einer Tarifrevision wurde mehrmals anerkannt. Andererseits auch die Notwendigkeit einer andern Lohnskala hervorgehoben. Untr Führer seien durch die Verhältnisse zu Lohnbewegungsmachinen geworden. Wenn die notwendigen Sicherungsmaßnahmen getroffen seien, könne die geltende Lohnskala erstrebenswert sein. Untr Führer könnten sich dann intensiver der dringenden notwendigen Aufklärungsarbeit auf wirtschaftlichem und arbeitsrechtlichem Gebiete widmen. Ein Schlußantrag machte der Aussprache ein vorzeitiges Ende. Bedauer wurde hierbei, daß wegen der überlasteten Tagesordnung die wichtigen Punkte Generalversammlung und Tarifrevision nicht genügend besprochen werden konnten und der Gauvorstand wurde ersucht, für die Zukunft diese Möglichkeit zu schaffen.

Die drei gewählten stellvertretenden Vorstände des Gauvorstandes, Prüter (Vorsteher), Finauer (Kassierer) und Lorenzen (Schriftführer), wurden einstimmig wiedergewählt. Die Wahl der vier Beisitzer übernimmt der Vorort Kiel. Die Bestimmung des Ortes des nächsten Gautags wurde dem Gauvorstand überlassen.

Unter „Verschiedenem“ kam die diesjährige Mitarbeiter zur Sprache und hierbei wurde bedauer, daß der Bundesauschluß des DGB, keine klare Parole ausgegeben habe. Von einer solchen Stelle müsse dies im Interesse der Einheitslichkeit verlangt werden. Den Mitgliedern wurde zur Pflicht gemacht, der Parole der örtlichen Kartelle Folge zu leisten. Nach einem kurzen Rückblick und Dank an die Neumünsterer Kollegen für gastliche Aufnahme und an alle Teilnehmer für fällige Mitarbeit wurde der Gautag um 6 1/2 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. L.

Gewerkschaftsrevue

Die traurigste Zeitercheinung, die wir seit Ausbruch der Revolution innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zu verzeichnen haben, ist und bleibt die unselbige parteipolitische Zerstückelung. Durch diese Zerstückelung wurde die deutsche Arbeiterchaft nicht bloß um die Früchte ihres Sieges über die alten staalichen Machthaber betrogen, sondern die parteipolitische Maulwurfsarbeit verhindert auch jede konsequente sozialistische Politik. An dieser Tatsache vermag das Bemühen der verschiedenen Arbeiterparteien, sich von Schuld und Sühle reinzuwaschen oder sich gegenseitig die Hauptschuld an den unzulänglichen politischen Mißerfolgen der Arbeiterchaft zuzuschreiben, absolut nichts zu ändern. Sie sind allzumal Sünder. Die Schwächung der politischen Machtstellung der Arbeiterchaft infolge der Parteizersplitterung fühlen die Gewerkschaften als Sachwalter der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter mit jedem Tage mehr. Und zwar um so schwerer, je mehr das Unternehmertum sein Selbstbewußtsein steigert und je mehr es seine politische Machtstellung zu befestigen verht.

In dieser Beziehung kann man als Gewerkschaftler vieles lernen von der Haupttagung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die in der zweiten Märzwoche in Aßn a. Rh. stattfand. Der Verlauf dieser Tagung ist geeignet, ein Schulbeispiel dafür abzugeben, mit welcher fasslichen Klugheit es die Zentrale des Unternehmertums versteht, Arbeitgebergedanken und Arbeitnehrinteressen wahrzunehmen und zuebewußt zu fördern. Dabei wird die Scharlachgerente in keiner Weise in ihrer praktischen Wirkamkeit behindert durch parteipolitische oder konfessionelle Rücksichten. Solche kennt das Unternehmertum bei der Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen bekanntlich nicht. All sein Sinnen

und Trachten ist vielmehr darauf gerichtet, den Einfluß der Gewerkschaften auf Wirtschaftspragen möglichst unwirksam zu machen oder gänzlich auszuschalten. Um dieses Ziel zu erreichen, tritt das Streben des Unternehmertums nach festem organisatorischen Zusammenhänge gegenwärtig stärker hervor als jemals. Seit die Arbeiter die Möglichkeit haben, gestützt auf die im Betriebsratgesetz ihnen eingeräumten Rechte, im Produktionsprozess eine größere Rolle zu spielen und in die Wirtschaftsführung einzugreifen, rüft sich das Unternehmertum zu verstärkter Abwehr. Mit allen Mitteln sucht es zu verhindern, daß der Arbeiter, der bisher nur als ein Element des Produktionsprozesses betrachtet wurde, zu einem gewichtigen Produktionsfaktor wird. Die weltgrößten Beschäfte der südlichen Tagung sind in dieser Beziehung sehr lehrreich, obgleich man verstand, ihnen ein harmloses Aussehen zu verleihen.

In seinem Geschäftsberichte konnte der Geschäftsführer der Unternehmerzentrale Dr. Kängler feststellen, daß das Wachstum und der organisatorische Ausbau der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im vergangenen Jahre weitere erhebliche Fortschritte gemacht haben. Die Vereinigung umfaßt zur Zeit 215 unmittelbar angeschlossene Verbände, 108 Fachverbände, 107 gemischt-gewerbliche mit 1750 Unterverbänden, also fast 2000 Arbeitgeberverbände. Die Beziehungen zum Reichsverband der deutschen Industrie, zum Reichsverband der deutschen Land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen sowie zum Reichsverband des deutschen Handwerks wurden als eng und auf befriedigend. Desgleichen die Stellung mit den Behörden. Die Verbindung zwischen der Unternehmerzentrale und dem Reichsarbeitsministerium soll sich sogar „sehr befriedigend“ gestaltet haben. Besonderen Wert legt die Zeitung der größten Unternehmervereinigung angeblich darauf, mit ihren Mitgliedsverbänden in den besetzten Gebieten in enger Verbindung zu bleiben.

Nach dem Bericht über die Verhandlungen beim Internationalen Arbeitsamt in Genf wurde der Beitritt der Vereinigung zur Internationalen Arbeitgebervereinigung beschlossen, so wird in der „Deutschen Arbeitszeitung“ lakonisch berichtet. Man ist so, als handle es sich für die Unternehmer bei diesem Beschluß um die selbstverständliche Sache von der Welt. Und dabei ist doch dieser Beschluß für sie von größter prinzipieller Tragweite, nicht minder aber auch für — die Arbeiterklasse. Wenn auf dem Umweg über das Ausland Steuern die deutschen Unternehmer in Zukunft einem Ziele zu, das sie aus eigener Kraft niemals erreichen werden, nämlich dem Abbau des Achtstundentags und der Verwässerung der Sozialpolitik. Die in Köln beschlossene Mitarbeit der Zentrale der deutschen Arbeitgeberverbände am Internationalen Arbeitsamt beweist lediglich, die Lösung der gegenwärtig unauflöslichen Probleme, der Beschäftigungsbau, der Arbeiterkutschgesetzgebung und des Erwerbslosenlähms, im Sinne der Unternehmer lakonisch zu beinhalten. Der weiterhin beschlossene Beitritt zur Internationalen Arbeitgebervereinigung, die ihren Sitz in Brüssel hat, ist der zweite Schritt auf dem gekennzeichneten Wege. Um den so oft gegen die Arbeiterklasse wegen ihrer internationalen Beziehungen erhobenen Vorwurf der „Vaterlandslosigkeit“ von vornherein von sich zu weisen, verkündeten die Unternehmer auf ihrer Kölner Tagung ausdrücklich, daß der beschlossene Beitritt der deutschen Arbeitgeber zu ihrer Internationale nichts zu tun habe mit internationaler politischer Solidarität. Als ob nicht die internationale Beeinflussung der Sozialpolitik im Unternehmerrinn und die immer mehr zunehmende Verflechtung der Produktionsmittel des internationalen Kapitals in den verschiedensten Industrien politischer Solidarität verfeult ähnlich wäre! Die gegenseitige Behinderung der Bourgeoischaften der verschiedenen Länder ist nur eine Scheinbare. Sie hinderte die Kapitalisten niemals am internationalen Zusammenschlüsse zu wirtschaftlichen Machtorganismen, und in Zukunft dürfte das noch weit weniger der Fall sein. Was der Arbeiterklasse unter dem Druck einer Weltwirtschaftskrise erblühen kann aus einer sich ausbreitenden und vertiefenden internationalen Interessengemeinschaft des Unternehmertums, dafür bietet schon die Gegenwart einen sehr guten Vorgehensmaß.

In England liegen allein 600000 Metallarbeiter ausgeperrt auf der Straße; man will sie trotz Hunger besiegen. Auch in der Schiffsbauindustrie trat in den letzten Tagen die Ausperrung in Kraft, von der 350000 Arbeiter betroffen wurden. Binnen kurzer Zeit dürfte sich die Gesamtzahl der Ausperrten in England auf nahezu 1 1/2 Millionen belaufen. Da die Unternehmer auf ihrem Standpunkte verbarren, daß die Arbeiter vorbehaltlos die Bedingungen der Unternehmer annehmen müßten, blieben eingeleitete Vergleichsverhandlungen erfolglos. In englischen Gewerkschaftskreisen wird erklärt, daß die Unternehmer keinen großen Wert auf baldige Beilegung der Ausperrung legen, da sie durch die Aufhebung der Tarifverträge uneingeschränkter Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen zu gewinnen hoffen und den Gewerkschaften nur die Rolle einfacher Organismen zu gegenseitiger Unterstützung gesellen möchten. Ähnlich liegen die Dinge in Dänemark, wo bereits Ende Februar 40000 Gewerkschaftsmitglieder ausgeperrt waren, deren Zahl inzwischen auf 80000 angewachsen ist. Der Kampf der dänischen Unternehmer richtet sich gegen das Achtstundentagsabkommen vom Mai 1919, das zum 20. März d. J. gekündigt wurde. Gekündigt sind ferner alle Tarifverträge für etwa 110000 Mitglieder. Mit dem nunmehr zur Tatsache gewordenen Ausperrungsplane haben die dänischen Arbeiterorganisationen schon seit Jahren gedroht. Durch die Kraft der Gewerkschaften konnte jedoch die Ausführung des Planes bisher verhindert werden. Jetzt ist es ausschließlich das herrschende

Voluntarismus und der auf den Gewerkschaften lastenden Arbeitslosigkeit den Unternehmern gelungen, ihre langgehegte Absicht zu verwirklichen. In Amerika herrscht zwischen Kräfteherren und Gewerkschaften blutiger Streit, desgleichen in Südafrika, wo seit mehr als zehn Wochen die Bergleute im Kampfe liegen mit den schwerreichen Minenbesitzern. In Holland ist erst vor kurzem ein gewaltiger Machtkampf durch Stenktionen auf beiden Seiten beigelegt worden, wodurch Milderungen im Lohnabbau erreicht wurden, und schon droht in Österreich Ähnliches, wenn sich dort der Streit vorläufig nur um die gleiche Lohnhöhe dreht. In Ungarn wurden 10000 Metallarbeiter von der Ausperrung betroffen. In Belgien, Italien und Frankreich spielen sich zur Zeit ebenfalls schwere Kämpfe ab gegen Lohnkürzung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Auch in Deutschland ging das Unternehmertum schon an zahlreichen Orten zum Angriff über, allen voran die bayerischen und württembergischen Metallindustriellen. In Süddeutschland stehen gegenwärtig 100000 Metallarbeiter in hartem Abwehrkampf.

Wohl wir bilden, überall ein wildes reaktionäres Wüten des Unternehmertums, das die größten Anstrengungen macht, die Kosten des granulanten Weltkriegs und des darauf zurückzuführenden Zusammenbruchs des europäischen Wirtschaftslebens in erster Linie der Arbeiterklasse aufzubürden. Der Kapitalismus ist Trampel in allen Ländern, und namentlich in den Siegerstaaten beherzigt er die Situation stärker als jemals. Demzufolge läßt gerade innerhalb der Arbeiterklasse in den Siegerstaaten die Erkenntnis am meisten zu wachen übrig, daß allein eine einheitliche, kräftige internationale Aktion der Gewerkschaften dem kapitalistischen Wahn ein Ende zu bereiten vermag. Weder die englischen und die amerikanischen, noch die italienischen und die französischen Arbeiter vermögen gegenwärtig irgendwelche Macht zugunsten ihrer deutschen Arbeitsbrüder in die Waagschale zu werfen. Dazu werden ihre Kräfte viel zu stark von den eignen Abwehrkämpfen gegen die Verschlechterungsabsichten ihres heimischen Unternehmertums absorbiert. Deshalb dürfte leider auch der flamende Protest des ADGB, gegen das sinnlose Auslastungssystem der Entente-mitglieder, das dem deutschen Volke seine letzten Lebenskräfte raubt, um sie wechlos zu vergeuden für Belohnungszwecke, wirkungslos bleiben. Die am schwersten vom Bruch der Reparationsverpflichtungen betroffene deutsche Arbeiterklasse bleibt ausschließlich auf ihre eigene organisatorische Kraft angewiesen gegenüber den Verschlechterungsabsichten ihrer Erstenverbände durch das Unternehmertum. Die Tatsache, daß die maßgebende deutsche Unternehmervereinigung den bisher für verächtlich gehaltenen internationalen Zusammenschluß heute als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, muß jedem denkenden Arbeiter, gleichgültig, welcher politischen Parteirichtung er angehört, die Erkenntnis einbämmern, daß die Kraft der Gewerkschaftsbewegung durch parteipolitische Wirrnisse nicht verächtlich werden darf.

Die gewerkschaftliche Disziplin bildet einen der stärksten Grundpfeiler der Gewerkschaftsbewegung. Sie ist der Ausdruck der Überzeugung, daß nur der Wille der Mehrheit entscheidend sein darf, und daß der Einzelne sich dem damit zum Gesetz erhobenen Gesamtwillen zu unterwerfen hat. Die gewerkschaftliche Disziplin bedeutet also ein notwendiges Opfer persönlicher Angelegenheiten zum Wohle des Ganzen. Wenn keine Disziplin gelbt wird, ist jede gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht und Ausschlußfähigkeit verurteilt. Die Zeiten sind vorüber, wo es gelang, dem Unternehmertum durch sogenannte Sularents Zugeständnisse abzurufen. Nicht stark genug kann es deshalb gepeitelt werden, wenn von unerantwortlichen Elementen immer wieder versucht wird, unter Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmethoden, durch Forderungen zu erbeben, die von vornherein den Stempel der Undurchführbarkeit an sich tragen. Ein derartiges Vorgehen muß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen im Sumpf enden, und obenrein werden durch die Gesamtorganisation die größten Schwierigkeiten bereitet. Unvermeidlich ist es aber auch, wenn angesichts des allgemein zu beobachtenden heftigen Widerstandes des Unternehmertums gegen das tarifliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weltfremde Theorien in die Gewerkschaften hineingetragen werden, womit nur den Unternehmern in die Hände gearbeitet wird. Eine dieser Theorien, die in letzter Zeit von kommunistischer Seite in auffälliger Abrechnung verfochten wird, bestrimmt die Diktatur der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Gewerkschaften und deren Durchsetzung aus eigener Kraft. Abgesehen davon, daß jede Gewalt wieder Gewalt erzeugt, könnte dem Unternehmertum für wahr kein besserer Dienst geleistet werden, als wenn die Arbeiterklasse der kommunistischen Parole folgen würde. Und zwar demselben Unternehmertum, das an sich schon die schlaue Taktik befolgt, im dauernden Guerillakrieg die Stohkraft der Arbeiterorganisationen zu zermürben. Wir haben es hier mit den gleichen Theoretikern zu tun, von denen Lenin auf dem letzten Metallarbeiterkongress folgendes sagte:

Unsere Kommunisten sind oft gute Menschen, auch Theoretiker, aber für die praktische Arbeit taugen sie nichts. Da, wo sie praktische Arbeit leisten sollen, geht alles drunter und drüber. Wir müßten deshalb auch Hunderttausende von Lumpen, Dieben und Fäulern zum Teufel jagen und viele Hunderttausende müssen noch denselben Weg gehen. Wir brauchen ausschließlich Leute, die nicht nur reden, sondern die wirklich etwas leisten können und wollen. Es hat sich herausgestellt, daß unser gefährlichster Feind heute der kommunistische Redner ist, der auf wichtiger und verantwortungsvoller Stelle ist. Wir müssen weiter

reinigen und mit den Propagandisten und Agitatoren aufräumen, die zwar vertrieben, aber unfähig sind, Neues an seine Stelle zu setzen. Es gibt eine Menge Leute, denen die Kleinarbeit viel zu mühselig und lästig ist; die ihre Zeit vergeuden mit dem Erfinden von schönen Theorien usw. Diese Leute müssen wir abschaffen, weil sie ein Schaden für das Proletariat sind.

Es größer die Schwierigkeiten außerhalb unres gewerkschaftlichen Machtbereichs sind, mit denen wir uns abzugeben haben, desto energischer müssen parteipolitische Zerpfilerungsversuche der Gewerkschaften abgewehrt werden. Nach allem Muffen benutzen die Kommunisten neuerdings den schon erwähnten Kampf in der süddeutschen Metallindustrie dazu, ihr besonderes Partei-System zu hoch zu heben. Die Zentrale der SPD (Abteilung Gewerkschaften) erließ zu diesem Zweck einen Aufruf an die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IFA, worin zum Solidaritätstreue der gesamten Arbeiterklasse Süddeutschlands aufgerufen wird. Angehts dieser Affenkomödie schreibt die „Zeitspiegel Volkszeitung“ den kommunistischen Propagandisten einige erfrischende Deutlichkeiten ins Stammbuch. „Diese Aufruforderung“, so sagt sie, „wird zwar vorausichtlich im allgemeinen ebenso unbeachtet bleiben, wie frühere Stillübungen der SPD, ähnlichen Inhalts, weil die Arbeiter viel zu klug sind, als daß sie nicht wüßten, daß mit einer solchen Taktik lediglich den kapitalistischen Scharmachern gedient würde, immerhin kann der Aufruf zum Ausgangspunkt einer neuen Verwirrung- und Verlogen-kampagne in den Gewerkschaften werden und damit diese an der praktischen Arbeit hindern und sie schwächen. Es muß deshalb von allen gescheiterten Gewerkschaftern jeder dahingehende Versuch im Keim erstickt und dafür gesorgt werden, daß die Leitung der Kämpfe in den Händen der verantwortlichen Verbandsleitungen bleibt. Der Fußsitzentrale der SPD, muß die Möglichkeit genommen werden, nun etwa auch noch die Gewerkschaften zu zerlegen, nachdem sie ihre eigene Partei an den Rand des Ruins gebracht hat.“

Für die Arbeiterklasse kann es jetzt keine dringlichere Aufgabe geben, als ihre Organisationen zu festigen und auszubauen, um vor Überraschungen durch das geinigte Unternehmertum geschützt zu sein. Geschlecht dies nicht, dann wird man vielleicht zu spät gewahrt werden, wohin die Zerpfilerung führe. Politische Inklarheit und Parteilanatismus haben schon ohnehin genug Schaden angerichtet. Die Reaktion der politischen Hochspannung in den ersten beiden Jahren nach der Revolution hat innerhalb der Arbeiterklasse in einem Maße Platz gegriffen, das alles andre als erfreulich genannt werden kann. Der beste Beweis dafür ist im Anwachsen der gegnerischen Gewerkschaftsrichtungen, namentlich der Selben, gegeben. In Kampf in letzter Selbstlosigkeit, aber lerni auch zugleich, so muß die Zukunftspartei für die freien Gewerkschaften bleiben, wenn ihre Kämpfe auch ihre Siege sein sollen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Sechzehnte Ausschubstzung

Zu Beginn der am 28. und 29. März abgehaltenen Tagung gedachte Bundesvorsitzender Reipart zunächst mit ehrenden Worten der seit der letzten Tagung verstorbenen Verbandsvorsitzenden Adam Drunsel (Köpper), Robert Jelske (Waldfriedsgebirgen) und Fritz Gieseler (Gutarbeiter) sowie der früheren Verbandsvorsitzenden und Teilnehmer an den Vorstandskonferenzen Friedrich Wilsch (Kupferarbeiter) und Johann Siebert (Schuhmacher).

Der Geschäfts- und Kassenbericht lag in Form einer 56 Seiten starken Druckchrift vor und wurde von Reipart noch mündlich ergänzt. Redner wies u. a. auf die bevorstehende Konferenz von Genua hin und empfahl, sich keine großen Hoffnungen über deren Erfolg zu machen. Trotz der steigenden Steuerung verlusten die Unternehmer in verschiedenen Ländern, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wir können allmählich in eine Periode der Abwehrkämpfe. Die Gewerkschaften müssen ihr finanzielles Rüstzeug rechtzeitig stärken. Nicht alle Verbände hätten in Bezug auf die Erhöhung der Beiträge die Zeit richtig ausgenutzt. Auch die Agitation dürfte nicht erlahmen; einem Mitgliederverluste müßten die Gewerkschaften entgegenwirken.

Der Bericht gab dem Ausschusse zu wesentlichen Beforderungen keinen Anlaß. Nichtsdestoweniger entspann sich eine lebhaftige Aussprache, hauptsächlich über verdichtene bevorstehende Aufgaben des ADGB. Die Aussprache drehte sich vornehmlich um Bildungsfragen, Mitarbeiter, Schlichtungsordnung, Reparationsfrage, Achtstundentag. Zu letzterem wurde folgende Entscheidung angenommen:

Gegenüber den Forderungen, den gesellschaftlichen Achtstundentag zu befestigen und die Arbeitszeit der Arbeiter, Angestellten und Beamten wieder zu verlängern, erklärt der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, daß die Gewerkschaften jedem darauf gerichteten Versuch, den achtstündigen Widerstand entgegenzusetzen werden. Der Achtstundentag ist eine durch Vereinbarung mit den Unternehmerorganisationen erzielte und durch die Gesetzgebung sowie durch die Internationale Arbeiterkonferenz in Washington anerkannte Errungenschaft, die sich die deutsche Arbeiterklasse nicht wieder nehmen lassen wird. Die Gewerkschaftsvorstände sind der Überzeugung, daß der Achtstundentag in allen Wirtschaftszweigen durchführbar ist und daß bei der gesetzlich zugelassenen Arbeitszeit keineswegs alle Produktionsmöglichkeiten überall voll ausgenutzt sind, wie es das deutsche Wirtschaftsleben erzwangt. Inwieweit sich die technische Bevölkerung der Betriebe und Arbeitsmethoden begünstigt durch die Balutafelkonjunktur, vielfach darauf zurückzuführen, daß selbst die rückwärtigen Unternehmungen noch mit

Gewinn betrieben werden. Hier würde die Arbeitszeitverlängerung geradezu als Prämie für den technischen Willen wirken. Die deutschen Gewerkschaften wollen keine schablonenhafte Regelung der Arbeitszeit, die die wichtigsten Zusammenhänge des Wirtschaftens ignoriert. Sie sind aber davon überzeugt, daß der Weg tariflicher Vereinbarung genügt, um die Arbeitszeit im Rahmen der bisher gesetzlich zugelassenen Ausnahmen jedem dringenden Bedarf anzupassen und sind bereit, durch tarifliche Regelung die Durchführung des Schlichtungsabkommens zu erleichtern. Die Voraussetzungen dafür ist aber die gesetzlich zu Werken nung der Arbeitszeit und erst dann, weshalb die Gewerkschaften jeden Angriff auf diese Position zurückweisen müssen.

Dem Bundeskongress wurde folgende Entlastung erteilt. Die Massenauflösung in Dänemark veranlaßte den Ausschuss ebenfalls zur Stellungnahme. Einmütig war er der Auffassung, daß den dänischen Arbeitern jede mögliche Hilfe geleistet werden müsse. Das hätten sie allein schon durch ihre Iste, auch durch die Tat bewiesene treue gewerkschaftliche Bundesgenossenschaft verdient. Auch Geldhilfe soll den dänischen Kämpfern gewährt werden, obgleich dies durch die Entwertung der deutschen Mark sehr erschwert wird. Der Ausschuss beschloß, daß die Gewerkschaften zu diesem Zwecke für jedes männliche Mitglied 5 Mk. und für jedes weibliche 3 Mk., an die Bundeskasse abzuführen haben und daß der Betrag den dänischen Gewerkschaften zu übermitteln sei.

Für den bevorstehenden Gewerkschaftskongress sollte der Bundesvorstand Anträge zur Änderung der Bundesstatuten ausgearbeitet, die er dem Ausschuss unterbreitete. Einen Teil der Anträge ließ der Ausschuss gut, während ein anderer Teil zurückgestellt wurde.

Auch beschäftigte sich der Ausschuss mit den vielfachen Wünschen nach einem einheitslichen Mitgliedsbuch. Es soll ein Muster ausgearbeitet werden, dessen Einführung sich für solche Verbände empfiehlt, die das Bedürfnis nach einem einheitslichen Mitgliedsbuch beklagen haben. Die Einführung von Mitgliedskarten für neu eintretende Mitglieder wird sich leichter durchführen lassen. Vielleicht läßt sich auch schon eine einheitsliche Beitragsmarke einführen. Ebenfalls soll eine Musterfassung ausgearbeitet werden, um eine allmähliche Vereinigung der Gewerkschaften anzubahnen.

Da der Ausschuss bei einer früheren Sitzung gewünscht hatte, daß das Haus des Bundesvorstandes im Innern Berlins errichtet werde, hatte der Bundesvorstand in der Sitzung sich darum bemüht. Es war jedoch nicht möglich, ein gleich beziehbares Haus zu kaufen. Infolgedessen war er gezwungen, einen Bauplan an günstiger gelegener Stelle zu erwerben, um dort ein Haus zu bauen. Der Ausschuss stimmte diesen Maßnahmen gegen eine Stimme zu.

Mißstände, die sich bei früheren Streiks gezeigt hatten, an denen mehrere Gewerkschaften beteiligt waren, hatten zu Beschwerden einiger Verbände geführt. Der Ausschuss hatte schon früher eine Kommission gewählt, die Regeln für die Führung und Unterstützung von Streiks auszuarbeiten sollte, die dem Gewerkschaftskongress zu unterbreiten und sodann dem Verbandstage der einzelnen Gewerkschaften zur Annahme zu empfehlen seien. Entsprechend der Bedeutung der Sache entspann sich eine sehr lebhaft ausgeprägte, die in mehreren Punkten Klärung brachte. Da in anderen Punkten Meinungsverschiedenheiten auftraten und die Sache gründliche Bearbeitung erforderte, wurde sie zurückgestellt. Die Gewerkschaftsvorstände sollen bis zum 15. April ihre Abänderungsvorschläge einreichen; sodann soll die Kommission die Vorlage überarbeiten und der Ausschuss am 2. Mal nochmals dazu Stellung nehmen, damit die Vorlage noch früh genug vor Sitzsitzenden des Gewerkschaftskongresses veröffentlicht werden kann.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Carlskonflikte bestehen zur Zeit in Olspreußen noch in Bartenstein, Pilskalten, Glatzspäßen und Wehlauf. Zugang nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Konfliktangeboten aus Olspreußen ist unbedingt mit den zuständigen Organisationsstellen erst anzuzugehen.

Breslau. Am 11. April feiert Kollege Karl Fiedler sein 25jähriges Jubiläum als Verbandsfunktionär. Im Jahre 1897 wurde Kollege Fiedler zum zweiten und 1898 zum ersten Vorsitzenden des Bezirks und Ortes Breslau gewählt, welches Amt er bis 1903 bekleidete. Im gleichen Jahre übernahm er dann den Posten des Bauvorstehers für Schießen und wurde 1911 als solcher angestellt. Möchte Kollege Fiedler die Freude erleben, daß unter seiner Leitung der Bau wie bisher in organisatorischer und tariflicher Hinsicht gute Fortschritte macht.

Eisenburg. Auf 50 Jahre Berufstätigkeit konnte am 1. April Buchdruckermeister Richard Wenzel zurückblicken. Im Jahre 1872 begann er seine Lehrtätigkeit in seiner Druckereifirma, die damals seinem Onkel gehörte, und in die er dann zehn Jahre später, nach dem Austritt E. W. Offenbauers, als Teilhaber eintrat. Noch heute übt er seine Berufstätigkeit aus, frisch und gesund wie je. Eine kleine Feier in den Geschäftsräumen ehrte den Jubililar in der mannigfaltigsten Weise. Aus Anlaß des Jubiläums wurde dem Gesamtpersonal eine ansehnliche Geldspende zuteil.

Frankfurt (Oder). Am 5. März tagte hier der diesjährige Bezirkskongress. Eingeleitet wurde dieser durch zwei Wieder des hiesigen Gesangsvereins „Typographie“. Kollege Reinecke eröffnete hierauf den gabelrecht besuchten Bezirkskongress, hieß die auswärtigen Kollegen herzlich willkommen und begrüßte den als Referenten gewonnenen Kollegen Helmholz (Leipzig) sowie den vom Bezirk Stottbus entsandten Kollegen Urban. Das Ableben dreier Kollegen wurde in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erfolgte der Bezirksvorstand den Jahresbericht. Die Präzisions-

ergab die Anwesenheit von 324 Mitgliedern. Bezirkskongresser Müller gab noch einige Ergänzungen zum Jahresbericht. Den Hauptpunkt bildete das Referat des Kollegen Helmholz über das Thema: „Fragen gewerkschaftlicher Schulung“. Der zum Schluß einleitende starke Teilnehmer mit seinem Vortrage zu lesen. Eine lebhaft diskutierte knüpfte sich daran. Der Bezirkskongress beschloß sodann, infolge der hohen Unkosten in Zukunft nur einen Bezirkskongress abzuhalten, und zwar in Frankfurt a. d. O. Anträge zur Generalversammlung lagen nicht vor. Da dem Bezirkskongress gleichzeitig ein Lehrlingsbezirkskongress angelehnt war, der sehr guten Besuch aufwies (mit Referat für unsere heranwachsende Jugend und einer Druckmaschinenausstellung), wurde beschlossen, gleich den auswärtigen Kollegen auch den Lehrlingen die Fahrt vierer Klasse zu vergüten. Zum Schluß des Bezirkskongresses richtete Kollege Kischalk (Berlin), der Referent unseres Lehrlingsbezirkskongresses, warme Worte an die Kollegen und ermahnte diese, sich liberaler unter Jugend besonders anzunehmen und sie zu unterstützen.

Gera. Unter guter Beteiligung der Mitglieder aus dem Bezirke fand am 5. März unsere erste diesjährige Bezirksversammlung statt, zu der eine reichhaltige Tagesordnung vorlag. In dieser konnten wir auch unsern Gauerwalder Martin (Weimar) begrüßen, der zu verschiedenen Zeit- und Streitfragen Stellung nahm. Bezirksvorstand Freustel gab in seiner Begrüßungsansprache dem Wünsche Ausdruck, daß die Verhandlungen zum Wohle der Kollegenschaft beitragen möchten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen in üblicher Weise geehrt. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende die Richtlinien des Verbandsvorstandes bekannt. Viele wurden eingehend. Es kam dabei zum Ausdruck, daß in Zukunft das Lohnabkommen bloß auf vier Wochen abgeschlossen werden soll. Der Kollegenbericht zeigte ein gutes Resultat, und es wurde dem Kollegen Ranko einstimmig Entlastung erteilt. Sodann fand die Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl zum Gauort statt. Zwei Anträge zum Gauort und vier Anträge zur Generalversammlung wurden einstimmig angenommen. Am einmal eine ausführliche Aussprache und ein klares Bild über die Verhältnisse in den Bezirksorten zu erlangen, legte der Vorstand besonders Wert auf die Berichte aus den Orten. Die Berichte ergaben, daß die tariflichen Verhältnisse im Bezirke viel zu wünschen übrig lassen. Das Einmahnprogramm scheint bloß auf dem Papiere zu stehen. Bedient doch ein Maschinenmeister in Köstritz zwei Maschinen mit Anlageapparaten, auch mit dem Lichtstundentag nimmt er es nicht so genau. Der Konflikt in Wünschendorf ist durch einen Spruch des Schlichtungsausschusses für die Kollegen entschieden worden. Durch geschlossenes Vorgehen der Kollegen in Jena und Neustadt wurden die Tarifverträge der Privalfabriken abgewiesen. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, ein wachsameres Auge zu haben, damit sie vor Nachteilen geschützt bleiben. Eine Erhöhung der Entschädigung für den Bezirkskongress, Schriftführer, Referenten und für die einzelnen Ortsvereine wurden einstimmig genehmigt. Das Tagesgut gelangte voll zur Auszahlung. Die Bezirksvereinsstatuten wurden der Zeit entsprechend neu geregelt. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Pöbneck bestimmt.

Guben. (Werkjahrbericht.) Im ersten Werkjahr wurden im hiesigen Ortsvereine drei ordentliche Versammlungen abgehalten. Sie beschäftigten sich vor allem mit tariflichen, gewerkschaftlichen und betrieblichen Fragen. Leider langt die, auch im „Vor.“ schon mehrfach genannte Firma G. W. Kiehmann schon wieder aus der Reihe, indem sich der Anhaber weigert, die Beiträge an die Tarifgemeinschaft zu bezahlen. Offenlich wird dem Herrn auch diesmal klar, daß man nicht nur die Vorteile einer Vereinigung genießen darf, sondern auch Verpflichtungen hat. Der Gehaltsanspruch im Gewerbe war am Orte nicht gut zu nennen, da mehrere Kollegen vom Berufe abgeben mußten und auch Arbeitslose vorhanden waren. Der Versammlungsbuch war bedauerlicherweise schlecht, da vielen Kollegen das nötige Interesse und Verständnis für gewerkschaftliche Fragen fehlt.

Hannover. (Maschinenmeisterklub.) Im ersten März abgehaltenen, aufbelebten Generalversammlung erstattete Kollege Dannert Bericht von der Vorstandskonferenz in Berlin. In anschaulicher Weise gab er ein Stimmungsbild von den dort geführten Verhandlungen und den gefassten Beschlüssen. Die Versammlung erklärte sich dann auch damit einverstanden und nahm eine entsprechende Resolution an, in welcher zum Ausdruck gebracht wird, daß die Kollegen einmütig und geschlossen hinter den auf der Konferenz gefassten Beschlüssen stehen. Der Vorstand wurde wiedergewählt bis auf den zweiten Vorsitzenden und den Obmann der Rechnlichen Kommission; letzterer hat den Beruf gewechselt und infolgedessen sein Amt niedergelegt. Der Punkt „Technisches“ mußte leider der vorgeschrittenen Zeit wegen zurückgestellt werden.

Schneeberg. (Maschinenmeisterklub.) Unter Jahreshauptversammlung am 11. März wies einen zufriedenstellenden Verlauf auf. Aufgenommen wurden zwei Kollegen. Den Jahresbericht gab Vorsitzender S. Schmitt. Das vergangene Jahr war ein arbeitsreiches. Die Kassenverhältnisse sind gute zu nennen. Aber die Vorstandskonferenz verabschiedete Kollege Dürr. Der Beitrag wurde von 50 Pf. auf 1 Mk. festgesetzt, was auch einstimmig angenommen wurde. Ferner wurde beschlossen, am 1. und 2. Juli d. J. das 25jährige Stiftungsfest abzuhalten, verbunden mit einer Druckmaschinenausstellung größeren Stils. Die Ausstellung soll 8—14 Tage dauern und sie wird auch noch Ergebnisse von Maschinen, Papier-, Farbenfabriken,

Schriftgießereien u. a. m. aufzuweisen haben. Bei der Neuwahl des Vorstandes gab es eine kleine Änderung. Der erste Vorsitzende lebte wegen Krankheit eine Wiederwahl ab. Die Wahl fiel auf den Kollegen W. Dürr als Vorsitzenden. Als Kassierer wurde Kollege M. Baumann wiedergewählt.

S. Mühl. (Bezirksversammlung am 4. März.) In üblicher Weise ehrte die Versammlung das Andenken dreier verstorbenen Kollegen und nahm nach Erledigung des geschäftlichen Teiles zur Lohnfrage Stellung. In beherzten Worten kam in längeren Ausführungen die Anwartschaft zum Ausdruck und es fand ein entsprechender Antrag einstimmige Annahme. Unter Johannisfest findet am 24. Juni im „Volksgarten“ statt. Nach Annahme verchiedener Anträge zur Generalversammlung wurden die Kandidaten zur Generalversammlung aufgestellt, und zwar die Kollegen Albrecht, Bertram, Buraum, Sanke und Wächter. Unter „Verchiedenem“ wurde nochmals die Papierfrage angeschnitten und dabei betont, daß die Gehälter gerade in dieser Frage weit mehr getan hätten als die Privalfabriken selbst.

Wermelskirchen. Kollege Georg Kottler von hier konnte am 1. April auf seine 50jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Am 1. April 1872 trat er in Wieseloh (Baden) in die Lehre. Nachdem konditionierte er in folgenden Städten: Karlsruhe, Schwelgen (Baden), Bedau (Wehl.), 38 Jahre bei der Firma Wilhelm Kestler (Wermelskirchen) und seit 1915 bei der Firma Sean Simmels in Wermelskirchen.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Meisterprüfung. Die Meisterprüfung haben bestanden in Augsburg die Seherkollegen Gottfried Lampart, Joseph Mühlauer, Hans Schneider, Hans Thoma, Albert Türk und der Druckerkollege Joseph Kleiner.

Ein buchgewerblicher Beirrat. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, bereitet der Deutsche Buchgewerbeverein in Gemeinschaft mit dem Industriekreis, Filiale Leipzig, einen buchgewerblichen Beirrat vor, der alle graphischen Industriezweige umfassen soll. Verschiedene Anfänge eines derartigen Filmunternehmens waren bereits auf der buchgewerblichen Weltausstellung Leipzig 1914 unternommen worden, der Krieg und der nachfolgende Niedergang unres kulturellen und wirtschaftlichen Lebens verhinderten aber ein weiteres Bestehen dieses Weges. Der buchgewerbliche Beirrat, der jetzt im Arbeit ist, und zu dem außer dem Deutschen Buchgewerbeverein führende Persönlichkeiten des Buchgewerbes ihre Unterstützung zugesagt haben, ist als ein großartiges, als mit dem Buchgewerbe in Zusammenhang stehendes Gebilde umfassendes Unternehmen gedacht. Neben einem historischen Streitfrage wird der Film in seinen ersten Stadien die rohstoffverarbeitenden und rohstoffherzeugenden Industriezweige, wie die Papierfabrikation, die Farbenherstellung, die graphische Maschinenindustrie sowie die Schriftgießerei umfassen. Weiterhin sind vorgehender Buchdruck, Metallhandwerk, Steinbruch, Setzungsdruck, Buchbinderei und Buchhandlung, und zwar sollen die dazu erforderlichen Maßnahmen in den bedeutendsten buchgewerblichen Unternehmen der geschäftlichen Art unternommen werden. Die Arbeiten zu diesem in seiner Art einzig dastehenden Filmunternehmen sind bereits im Gange, und man wird im Herbst die ersten Filme vorführen können und somit gleichzeitig den Grundstock des von der Industriekreisgesellschaft einzurichtenden Filmarchivs des Buchgewerbaufes legen.

Zur Steuerfreiheit der Nachdienstzulagen. Auf Grund der wiederholten Stellungnahme des „Vor.“ zu der Aufhebung der Steuerpflicht für Nachdienstzulagen der Beamten, die auch den Arbeitern mit Nachdienstzulage kommen muß, da die erhaltenen Zulagen gleichfalls nur eine Entschädigung für Mehrkosten der Erndbrung darstellen, sind Verbandsinstanzen und Betriebsortenträuserleute bei den einzelnen Landesfinanzämtern vorstellig geworden. Es liegen nun bereits mehrere Antworten, wie beispielsweise in Hamburg, vor, die die Steuerfreiheit der Nachdienstzulagen aus belagten Gründen anerkennen. Auch dem Betriebsrat der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurde jetzt mitgeteilt, daß die tarifmäßigen Lohnzulagen, die den im Betriebe der „Münchener Neuesten Nachrichten“ beschäftigten Arbeitern bei Nacharbeit gewährt werden, nach Auffassung des dortigen Finanzamts als Entschädigung für Mehrkosten der Erndbrung im Nachdienst anzusehen ist, die daher nicht dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen. Für bereits erfasste Steuerabzüge aus Nachdienstzulagen könne aber keine Rückzahlung stattfinden. Die Anerkennung oder Nichtanerkennung scheint sich nach der jeweiligen Auffassung des in Frage kommenden Finanzamts zu richten. Es wäre aber angebracht, daß ein einheitslicher Wille von oben herab die Anerkennung der Steuerfreiheit bestimmt. Wo die Kollegenschaft noch nicht zu ihrem Rechte gekommen ist, möge man unverzüglich diesbezügliche Schritte unternehmen.

Stadterordnungsbeirrat und Presse in Breslau. Die beiden Breslauer Zeitungen, „Breslauer Zeitung und Kreisblatt“ (deutschnational) und „Märkerischer Kurier“ (parteilos), hatten unter Hinweis auf die fortgesetzt steigenden Schriftstellungskosten vom 1. Januar ab eine Erhöhung der Entschädigung für amtliche Bekanntmachungen von 60 Pf. auf 1 Mk. pro Seite beantragt. Die Finanzkommission des Stadterordnungsbeirrats empfahl 80 Pf., womit sich die Verleger schließlich einverstanden erklärten. Die linksorientierte Stadterordnungs-

versammlung am 3. März (eine Zufallsmaßnahme, wie man sich ausdrücken beliebt) lebte aber die Vorlage ab, und ein Stadterordneter empfahl, den Zeitungen alle amtlichen Bekanntmachungen zu entziehen und diese auszugeben zu lassen. Dem Beschlusse ist aber beizufügen, dass der Magistrat nicht beabsichtigt, der eine gemischte Kommission von acht Stadterordneten und drei Magistratsmitgliedern darüber entscheiden lassen möchte. Die Sachlage wird dadurch noch besonders gekennzeichnet, dass in derselben Sitzung beschlossen wurde, dem Berichterstatter der „Preussischer Zeitung“ den Platz innerhalb des Sitzungssaals nicht mehr zu gewähren, so dass der „Mittelmärkische Kurier“ sich jetzt mit dem „Freisblatt“ solidarisch erklärte, indem jede Berichterstatter abgelehnt wurde, bis der Beschluss aufgehoben wird. Solche Art Ausstragung politischer Kämpfe, wie sie immer mehr in Übung kommt (siehe auch Mecklenburger Landtag), ist der Allgem. und im besondern dem Buchdruckergewerbe nicht dienlich. Die Gehilfenschaft muß für die Wirtschaftlichkeit der Buchdruckereibetriebe im eigenen Interesse eintreten. Dabei muß sie auch von der übrigen Arbeiterkategorie unberührt, nicht aber beehmt werden. Es müßte demgemäß jeder Arbeitervertreter auch im Stadtparlament dafür wirken, daß zumal solche widerwilligen Beschlüsse, wie die Ablehnung einer geringfügigen Sellenpreiserhöhung, nicht zustande kommen.

Einführung der Umsatzsteuer für Inserate im Reichsgebiet. Bei der dritten Lesung der Novelle zum Umsatzsteuergesetz wurde der § 27: Umsatzsteuer für Inserate, durch einen Antrag der Unabhängigen Sozialdemokratie, für den beide sozialdemokratischen Parteien, die kommunistische und die deutschnationale Partei stimmten, in der früheren Fassung wiederhergestellt, nach der die kleinen und schlechtestrentierenden Zeitungen gekont und die großen befreit werden. Es ermäßigt sich die Steuer bei einem Inseratenumfange bis zu 200.000 Mk. auf 1 Proz., bei jedem weiteren 200.000 Mk. bis 1.000.000 Mk. erhöht sich die Steuer jedesmal um 1/3 Proz. auf 3 Proz.; bei weiteren 1.000.000 Mk. auf 3 1/2 Proz. und bei darüber hinausgehenden Beträgen auf 4 Proz. Bei mehreren Zeitungen und Zeitschriften sind die Inseratenkonten wegen einmaliger Ermäßigung jedes für sich zu behandeln. Im übrigen wurde das Gesetz in der zweiten Lesung angenommen.

Buchgewerbliche Ausstellung im Berliner Buchgewerbeverein. Eine Ausstellung von Arbeiten des Graphikers H. F. Schön (Werbedruckungen, Buchgraphik, insbesondere reine Schriftlösungen) findet neben Vortrag über „Phylognomie der Schrift“ von Dr. P. Mablberg, Vorgesert der Reichsdruckerei, am 11. April, abends 8 Uhr, im Berliner Buchgewerbeverein, Dessauer Straße 2, statt. Die Ausstellung ist auch Kartelltag geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Die deutsche Zeitungspapier ins Ausland verfahren wird. In einer der letzten Nummern einer großen schwedischen Zeitung befindet sich eine auffällige Anzeige, die in deutscher Übersetzung lautet:

Zeitungspapier! Angekündigt wird für umgebende Lieferung von Hamburg mit jedem abgehenden Dampfer etwa 800 Tonnen 50 mal 52 cm. rechteckiges, weißes Zeitungspapier in Rollen, verschiedener Maße. Verpackung zum Preise von 280 Kronen je 1000 Kilogramm (inkl. Fracht, Versicherung, Antwort an „Dr. M. Papper“, Wilhelms-Adressenkontrollen, Stockholm).

Diese Anzeige ist nicht die erste ihrer Art. Aber auch ohne Reklame hat das durch die schlechte Valuta stark verbilligte deutsche Papier reichenden Absatz trotz Auslandskontrolle. Während deutsche Zeitungen zu Sun-

derien ihr Erscheinen einstellen müssen, weil ihnen die Papierbeschaffung zur Unmöglichkeit wurde und angeblich die Lager der Fabriken und Großhändler gelichtet sind, wird unser Weltmarktpreis frachtfrei fremder Einlaßpapiere deutsches Papier nach dem Auslande verschoben.

Ausflug der Konsumgenossenschaftlichen Presse. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ erbot sich dem 1. Januar ihre Auflage um rund 1600 auf 18244, das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ in seinen neun verschiedenen Ausgaben um rund 15000 auf 904128, das „Internationale Genossenschaftsbüchlein“ um rund 1000 auf 2900 Exemplare. Beim „Volksblatt“ macht sich nicht zuletzt die neue Gestaltung vortrefflich bemerkbar. Sollen sich diese die günstige Entwicklung durch Preiserhöhungen, zu der auch die Konsumgenossenschaftliche Presse gezwungen ist, nicht geföhr.

Literarisches

„Der Mensch ist dumm.“ Satirische Bilder aus der Geschichte der menschlichen Dummheiten. Von Charles Richet. Deutsch mit Anmerkungen von Dr. R. Berger, Berlin. Das Buch (128 Seiten) enthält in knapper Form und wechselnder Materie die kritischen Gedanken eines Passifisten und Volksfreundes über die Borniertheit des Völkchens, über seine kläpplerischen nationalen oder kapitalistischen Berantwässer, auf dessen Keim das dumme Volk bewußt oder unbewußt hieft. Auch die menschlichen Dummheiten in jeder anderen Hinsicht werden beleuchtet. So daß das Buch beim Lesen äußerst anregend wirkt, und was die Hauptfrage ist, Aufklärung bringt. Broch. 14 Mk., geb. in Solbleten 20 Mk. Verlag Neues Vaterland, C. Berger & Co., Berlin W 62.

„Das Betriebsblattangelegenheit in der Hand des Betriebsrats.“ Von Dr. Fr. Geerrig. (Band 4 der Sammlung „Bücher der Arbeit.“) Der Verfasser gibt in dem Buch eine Geschichte in Geist, Wort und Dingen des Betriebsblattangelegenheit und in Technik, Recht, Praxis und Kritik der Betriebsblattangelegenheit; es dient gleichermaßen dem Betriebsratsmitglied, dem Verbandsfunktionär sowie allen denen, die sich mit einschlägigen Fragen zu befassen haben und gibt ihnen für die schwerere Materie die besten Fingerzeige in sachlicher, übersichtlicher und klarer Darstellung. Stiel gebunden, 100 Seiten. Preis 10 Mk. Schönerlag Duisburg.

„Statistik des Sozialismus.“ Ideologische Betrachtungen von Gustav Radtch. Die Menschheit muß endlich zu höheren Formen wirtschaftlicher und sozialer Gemeinschaft emporgelitten werden. Die Ausführungen Radtsch sind dazu geeignet, als Ausgangspunkt fruchtbarer Auseinandersetzungen zu dienen und im Meinungskampfe für eine neue Gemeinschaft lebendig zu werden. Preis 12 Mk. J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Gestorben

In Magsburg am 13. März der Korrektor Joseph Belle, 52 Jahre alt — Unglücksfall.

In Berlin am 11. Februar der Drucker Artur Bräuer aus Berlin, 47 Jahre alt — Magen- und Darmulceration; am 14. Februar der Seher Georg Juch aus Breslau, 43 Jahre alt — Herzkrankheit; am 10. März der Seher Max Moles aus Leipzig, 61 Jahre alt — Schlaganfall; am 22. Februar der Seherin Elisabeth Adolph aus Berlin, 74 Jahre alt — Lungenentzündung; am 25. Februar der Seher Eugen Buder aus Berlin, 53 Jahre alt — Herzschlag; am 27. Februar der Seher Ernst Wohlfahrt aus Berlin, 35 Jahre alt — Herzkrankheit; am 28. Februar der Seherinappre Heinrich Friedrich aus Berlin, 58 Jahre alt — Lungenentzündung, Herzschwäche; am 6. März der Seher Georg Müller aus Gießen, 39 Jahre alt — Lungenentzündung; am 9. März der Seherinvalide Hermann Lehmann aus Danzig, 70 Jahre alt — Tod durch Erbrechen; am 13. März der Korrektor Adolf Dalkow aus Berlin, 68 Jahre alt — Magenentzündung; am 16. März der Seher Herbert Richter aus Berlin, 27 Jahre alt — Lungenentzündung; am 20. März der Seherinappre Otto Schulz aus Magdeburg, 52 Jahre alt — Leberentzündung, Gelbsucht.

In Braunschweig am 19. März der Faktor Robert Schwelje, 65 Jahre alt — Unfall.

In Breslau am 10. März der Seherinvalide Heinrich Krause von dort, 77 Jahre alt — geklemmter Bruch.

In Berlin am 21. März der Korrektor Gustav Tahn, 69 Jahre alt.

In Böttingen am 14. März der Faktor Emil Richter, 61 Jahre alt.

In Hamburg am 9. März der Seher Karl Vajda aus Katharinen bei Kroppen, 62 Jahre alt — Unfall.

In Hamburg am 17. März der Seher Philipp Gleich von dort, 51 Jahre alt — Unfall.

In Köln a. Rh. am 27. Februar der Korrektor Heinrich Schwesbach von dort, 41 Jahre alt — Herzschlag.

In Königsberg i. Pr. am 4. Februar der Maschinenseher Emil Hall aus Mohlauen, 57 Jahre alt; am 28. Februar der Meiler Rudolf Karg aus Schönenhagen, 64 Jahre alt — Herzschlag.

In Magdeburg am 18. März der Seher Paul Weismacher von dort, 21 Jahre alt — Unfall.

In Neumünster am 22. März der Schmeltzerdeggen Alfred Garbers, 29 Jahre alt.

In Nordhausen am 6. März der Seher Hermann Ribau, 32 Jahre alt.

In Pritzwalk am 7. März der Faktor Emil Runge aus Neuruppin, 33 Jahre alt.

In Weidenburg i. Schl. der Seher Adolf Püschel, 23 Jahre alt.

Briefkasten

Gröbzig: Alle drei Fragen regeln sich nach der Reichsversicherungsordnung, und zwar für die Beitragsstellung für die Krankenversicherung nach § 331, für die Invalidenversicherung nach § 128; für Beiträge für Beiträge sind gesetzlich ausfüllig. Die Erbschaften richten sich nach den §§ 532 und 533; es kommen danach neben hohen Geld- und Geldgegenständen für den Unternehmer in Frage. — P. F. in G. und W. S. in S.: Wird aufgenommen. — Ph. Sch. in R.: Die nachträgliche Registrierung des Unglücksfalls nach unter „Rundschau“ ist nicht mehr zweckmäßig. Gruß — S. Sch. in R.: 16 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamissoptak 5 II. Fernsprecher: Emil Kurfürst, Nr. 1191.

Bezirk Offenbach a. M. (Gautausdelegiertenwahl.) Als Delegierte wurden gewählt: W. Pilschner, S. Reibe, S. Stein, A. Galler, Erbkammern ist Kollege G. Reibhardt. — Delegierte zur Sterbekasse sind die Kollegen W. Pilschner, S. Stein, S. Reibe.

Briefkasten

Neuruppin. (Bezirk.) Kassierer: Otto Binkler, Steinstraße 12.

Plauen i. V. (Machinenlehreverein Bezirk Plauen i. V.) Vorsitzender: Otto Strop, Geibelstraße 25.

Potsdam. (Bezirk.) Vorsitzender: Franz Knuppe, Potsdam, Bismarckstraße 19.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adresse):

Im Gau **Hamburg-Milano** die Seher 1. Karl Koop, geb. in Schwerin i. M. 1891, ausagl. dal. 1909; 2. John Schnabel, geb. in Wilhelmshagen 1893, ausagl. in Hamburg 1912; 3. der Drucker Paul B. S. geb. in Altona 1893, ausagl. in Hamburg 1912; waren schon Mitglieder. — Fr. Kuntler in Hamburg, Beienbinderhof 57 II.

Im Gau **Mitteldeutschland** 1. der Seher Andreas Linneemann, geb. in Offen 1886, ausagl. in Paderborn 1904; 2. der Drucker Franz Nthias, geb. in Schwelje 1894, ausagl. dal. 1912; waren schon Mitglieder. — Joseph Wertram in Köln, Gereonsdorf 28.

Verammlungskalender

Chemnitz. Außerordentliche Generalversammlung Sonnabend, den 8. April, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im „Thaliahaus“.

Cefar. Maschinenlehreverein Sonnabend, den 8. April, abends 7 1/2 Uhr, im „Großen Kurfürst“.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Gemeinsame Versammlung des Maschinenlehrevereins und der Typographischen Gesellschaft Sonntag, den 9. April, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal „Kampfbühl“, Mainhof 33.

Freiburg a. B. 1. Generalversammlung Sonntag, den 9. April, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Stadl Dresden“.

Schriftgießer

Mr. Böttgerische Schnellgleitmaschine zu sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht. Spanische Buchdruckerei, Leipzig.

Mehrere Schriftgießer

Mr. Kompletts- und Handmaschine zu sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht. Otto Weiser, Schriftgießerei und Metallinglantenabrill, Stuttgart.

Vintypsetzer

Mr. Ideal und Doppeldecker zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. 46 „Mittelsche Tagesblatt“, Aachen.

Maschinenmeister

Mr. für den Bau von Maschinen zu sofortigem Eintritt in Dauerstellung gesucht. 45 „Deitel & Spörer, Reutlingen“.

Vintierer

Mr. für die Herstellung von Wein nach der Schwelje gesucht. Bei guten Leistungen hoher Lohn und dauernde Beschäftigung. 51 „St. Elise, Unterstadt“, Bern (Schweiz), Amthausgasse 16.

Schriftgießer

Für eine ausländische Schriftgießerei werden drei tüchtige 53

Alkzidenz- und Inkeratenseher

(Melleur), 21 Jahre alt, sucht Stellung zum sofortigen Eintritt. 152 M. Rische, Mühlhain, Steinstraße 25.

Schriftgießer

In allen Scharfen bewandert, ledig, sucht sofort Stellung. Gemüthlich bevorzugt. Werde Offerten unter Nr. 54 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftgießer

Ein in allen Scharfen bewandertes 26 Jahre alt, sucht für sofort Dauerstellung. Medienburg bevorzugt. Werde Offerte 41 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftgießer

26 Jahre alt, in allen Scharfen bewandert, flott und korrekt arbeitend, wünscht sich in angenehme Dauerstellung zu verandern. Größere Stadt Norddeutschland bevorzugt. Werde Offerte 41 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Egal wohin!

Tüchtiger, erfahrener Alkzidenzseher in allen vorkommenden Arbeiten vertraut, sucht sofort Stellung. 143 Georg Bühler, Langenau b. Elm (Würtb.), Zahnbohrer 7.

Schriftgießer

in Robustklasse A, im Alkzidenz- und Zeltungsfrage gut bewandert, wünscht sich zu verändern. Eintritt acht Tage nach Engagement. Schließen bevorzugt. Werde Offerte an Ador Mochto, Rudolph i. Schl., Jaworniker Straße.

Walzjour

nach Süddeutschland? Werde Offerte unter Nr. 50 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftgießer

zur Zeit als Vorarbeiter in einer Haus- algelei tätig, in allen Vorarbeiten eines Betriebes beschlagen, auch perfekter Monotypsetzer, vollständig selbständig, mit fast allen Eilrichtungen und kleineren Reparaturen an der Monotypgleitmaschine vertraut

Sucht Stellung

Großstadt bevorzugt. Zeugnisse stehen zu Diensten. 40 Off. Angebote unter M. W. 40 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Brandenburgischer

Maschinenlehreverein in Berlin Sonntag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, im „Berliner Althaus“, Ohmstraße 2.

Quartalsversammlung

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Anre Erhebungen mit der einheitlichen Zeitung; 3. Reueinnahmen. 58

Polymenschnur - Einzelschnur

liefern in Probensqualität 39 Reyer & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Der neue Brochhaus

Handbuch des Wissens Band I in 10 Hefen; Preis 240 Mk. Monatliche Lieferungen gefällig. Anfragen mit Rückporto an: Brochhaus, St. Slegl, München 9, Columbusstraße 1.

Bleischnickkasten

Handwerkstätten aus Erlenholz, enthaltend 5 Stück: 1. Stahlackwinteln, 1. Sturmenneal, 2. Graviermesser, 1. Schellens, 1. Lindström, 1. Durchschneidmesser, 1. Schmirgelleinen, 2. Graberplatten. Preis komplett 400 Mk. franko. St. Slegl, München 9, Columbusstraße 1.

Hans Ortman

im Alter von 47 1/2 Jahren. Ein treues Gedenken wird ihm stets bewahren. Ortsverein Regensburg. Dr. Severin Regensburg des Bayerisch-Korrekturenvereins.

Alfred Bienen

Diesem allen Verbandsmitglied und braven Kollegen bewahren ein dauerndes Andenken. Die Kollegen der Firma Brethoff & Sürdel, Leipzig.

Am 2. April verstarb nach längerer Krankheit unser Kollege, der Seher 57